



Dachverband

Ausgabe  
Nr. 23 digital  
April 2012

# KOMMUNALES management "digital"

Fachzeitschrift des Fachverbandes der leitenden Gemeindebediensteten Österreichs

## inhalt

### 2-3 Dachverband

*Vorwort des GF. Bundesobm.*

### 3-5 LV Tirol

*E-Government - Tirol 2.0*

### 5-7 LV Kärnten

*Die Gemeinde im  
(wissenschaftlichen) Fokus*

### 8-9 LV Salzburg

*Ein Dienstrecht geht seinen Weg ..  
Gütesiegelverleihung*

### 10-11 Bank Austria

*Unternehmerisch agieren,  
vorausschauend planen*

### 12-13 Gemeindebund

*Das Märchen vom  
Beamtenstaat Österreich*

### 14-16 LV Oberösterreich

*Neue Kommunalmanagement-  
Software, Beschwerdemanage-  
ment per Mobiltelefon*

### 15 LV Vorarlberg

*Jubiläumsfachtagung*

### 17-19 LV Steiermark

*20. Landesfachtagung*

### 20-21 Landes-Europabüro

*Europäische Bürgerinitiative*

### 22-23 LV Salzburg

*11. Landesfachtagung*



Wir wünschen  
ein frohes Osterfest  
und weiterhin viel Erfolg

Foto: Mag. Erwin Fuchsberger

Diese Ausgabe wird  
unterstützt durch:

 Bank Austria

Member of  UniCredit

## Herausgeber, Eigentümer und Verleger:

FLGÖ - Fachverband für leitende  
Gemeindebedienstete Österreichs,  
Dachverband,  
9800 Spittal a.d.Drau

homepage:  
[www.flgö.at](http://www.flgö.at)

## Für den Inhalt verantwortlich:

Herbert Maislinger,  
Bundesobmann des FLGÖ

## Zweck der Herausgabe:

Fachinformation für leitende  
Gemeindebedienstete Österreichs

## Erscheinungsrhythmus:

vierteljährlich  
in digitaler Form

## Layout/Satz:

Michaela Fuchsberger  
Goldensteinstraße 10a, 5061 Elsbethen

## Kontaktadresse des Bundesobmannes

Herbert Maislinger  
Sonnensiedlung 21,  
5201 Seekirchen am Wallersee

Tel.: 0676/6628001  
Fax.: 06212/2308-17

E-Mail:  
[herbert.maislinger@seekirchen.at](mailto:herbert.maislinger@seekirchen.at)



# Vorwort des **GF.** **Bundesobmannes**



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!  
Sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist dies das erste Mal, dass ich einführende Worte in unserer Zeitschrift „Kommunales Management – digital“ schreibe, nachdem der Bundesvorstand in der letzten Klausur mich zum geschäftsführenden Obmann bestellt hat. Für dieses Vertrauen darf ich mich nochmals recht herzlich bedanken und versichere, dass ich die notwendige Kraft in unseren Verband stecken werde, die notwendig ist, um unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Zunächst möchte ich nochmals unserem Bundesobmann Herbert Maislinger ein aufrichtiges Danke für sein Wirken sagen.



Bei dir lieber Herbert spürte man stets dein stetes Bemühen den Menschen in der Verwaltung zu sehen und zu stärken. Neben der für uns Amtsleiter notwendigen methodischen Kompetenz wird aufgrund des Umfeldes und der Veränderung der Gesellschaft die psychosoziale Kompetenz mehr und mehr zu einer notwendigen Eigenschaft unserer Berufsgruppe. Dieses Wissen und dein Streben diesem Faktum Rechnung zu tragen, haben den FLGÖ verändert. Das ist dein Erbe innerhalb unserer Gemeinschaft.

Das Jahr 2012 wird ein Jahr der Veränderungen. Das Sparbudget, die wieder aufflammende Diskussion nach Verwaltungsreformen, anstehende Gemeindekooperationen und die derzeit raschen Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie schaf-

fen notwendigen Handlungsbedarf, vor allem in den Kommunen.

Selbst wenn nur ein Teil des Positionspapieres des Rechnungshofes „Verwaltungsreform 2011“ mit den darin 599 Vorschlägen zur Erhöhung der Effizienz, zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Verwaltung, zur Stärkung der Bürgernähe und damit zur Hebung von Einsparungspotenzialen in den nächsten Jahren realisiert werden sollte, so sind wir doch mehr als gefordert.

Angesichts der aktuellen Schuldenkrise ist der Handlungsbedarf in der öffentlichen Verwaltung noch deutlicher geworden. Zur nachhaltigen Sicherung der öffentlichen Finanzen bedarf es umfassender Struktur-reformen unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften.

Für uns als AmtsleiterInnen stellt sich die Frage, wer sind die Stakeholder dieser Reformen und welche Rolle nehmen wir dabei ein. Da ein nicht unerheblicher Teil der Veränderungen in den Gemeinden passieren wird, werden wir versuchen, uns AmtsleiterInnen als ausführende Manager und gleichberechtigte Partner einzubringen. Unsere Stärken dabei sind unsere Unabhängigkeit und unser Wissen zu den vielen Möglichkeiten zu Reformen, da wir täglich unsere Verwaltung „leben“.

Natürlich werden wir neben unserem Ziel nach Verwaltungsinnovationen auch unseren weiteren

Aufgaben die gleiche Bedeutung zuwenden:

- Förderung der Aus- und Weiterbildung der leitenden Gemeindebediensteten und
- Förderung der gegenseitigen Unterstützung der leitenden Gemeindebediensteten.

2012 könnte für den Dachverband des FLGÖ auch ein interessantes Jahr in Bezug auf unsere Positionierung innerhalb der Vertreterorganisationen der öffentlichen Verwaltung Österreichs werden: So gibt es derzeit intensive Gespräche mit dem österreichischen Kommunalverlag, die Bundesfachtagung 2012 im Rahmen des Gemeinbundtages

2012 und der Kommunalmesse am 12. und 13. September in Tulln abzuhalten. Diese Kooperation hat natürlich eine Reihe von Vorteilen, so erreichen wir mit unserer Bundesfachtagung eine größere Anzahl von Entscheidungsträgern der österreichischen Verwaltung, gleichzeitig fällt es einer größeren Anzahl von AmtsleiterInnen leichter, sich auf der Kommunalmesse über neue Produktinnovationen zu informieren. Ein gemeinsamer Besuch des Bürgermeisters und des Amtleiters einer Gemeinde bei den Tagungen des FLGÖ, des Gemeinbundes und der Kommunalmesse ist sicherlich auch der gemeinsamen Führungsaufgabe in der einzelnen Gemeinde förderlich. Die Meinungen der Landesorganisationen des FLGÖ

waren überaus positiv, somit steht diesem „Projekt“ nichts im Wege.

Liebe Kollegin, lieber Kollege,  
sehr geehrte Damen und Herren!

Abschließend möchte ich mich nochmals für das Vertrauen bedanken, gleichzeitig bitte ich um viel Unterstützung bei der Realisierung unserer Ziele. Alles was wir tun, machen wir letztendlich für die Menschen in unseren Gemeinden.

*Herzlichst, dein, Ihr  
Franz Haugensteiner MSc  
GF Bundesobmann des FLGÖ*

---

## Landesverband Tirol

Ein Praxisbeispiel: E-Government - Tirol 2.0



### Was ist E-Government?

Der Begriff "E-Government" (elektronische Behördendienste) steht heute als Synonym für eine moderne und effiziente Verwaltung.

Auf EU-Ebene wird E-Government als "Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien in öffentlichen Verwaltungen in Verbindung mit organisatorischen Änderungen und neuen Fähigkeiten" definiert, "um öffentliche Dienste und demokratische Prozesse zu verbessern und die Gestaltung und Durchführung staatlicher Politik zu erleichtern."

Nach diesen sehr weit gefassten Begriffsbestimmungen sind auch die innerstaatlichen Aktivitäten im Bereich E-Government ausgerichtet - ein breites Betätigungsfeld also für die Neugestaltung des Leistungsportfolios der Verwaltung. Der Einsatz neuer Medien ermöglicht es den Behörden, Dienstleistungen über den traditionellen Weg hinaus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Formulare brauchen in Zukunft nicht mehr heruntergeladen zu werden, sondern können gleich am Bildschirm ausgefüllt, elektronisch signiert und abgesendet werden. Erledigungen der Verwaltung, Bescheide und sonstige Schriftstücke müssen nicht mehr auf dem Postweg zugestellt werden.

Sofern gewünscht, kann die Zustellung elektronisch erfolgen.  
Quelle: Digitales Österreich

### Tirol 2.0

"Tirol 2.0" ist ein Projekt von Gemeinden für Gemeinden mit dem Ziel, die Aufgaben einer Gemeinde effizient und rechtssicher zu gestalten. Zu Beginn des Projekts wurde ein Leistungskatalog entwickelt, der viele Aufgaben einer Gemeinde auflistet. Aus diesem Leistungskatalog wurden zehn Musterprozesse ausgewählt:

- Bauarbeiten nach §90 StVO
- Bauanzeige
- Kindergartenanmeldung



Quelle: KUGEM

- Veröffentlichung und Information
- Rechnungsabwicklung
- Personenzugriff
- Veranstaltungsmeldung
- Urlaubsantrag
- Bürgermeldung
- Vereinsförderung

Viele dieser Prozesse beginnen mit der schriftlichen Meldung des Bürgers über im Internet angebotene Antragsformulare. Einerseits werden die Daten automatisch übernommen und müssen nicht nach dem Ausdrucken neuerlich erfasst werden, andererseits ist mit dem dahinterliegenden Prozess der richtige und schnellste Weg für die Erledigung des Antrags im Sinne des Bürgers sichergestellt.

„Ein leistungsfähiges, standardisiertes eGovernment-System, wie wir es bei Tirol 2.0 etablieren, bildet letztendlich die Grundlage für

effiziente Gemeindekooperationen, die in Zukunft erhebliche Einsparungs- und Synergieeffekte zwischen den Gemeinden erschließen werden und drohenden Fusionierungen entgegengesetzt werden können.“

Arno Abler,  
CommunalConsult  
Tirol



## Die Einführung des ELAK am Beispiel der Marktgemeinde Telfs

Die Einführung des ELAK (elektronischer Akt) in der Marktgemeinde Telfs war mit einer intensiven Vorlaufzeit verbunden. Im Vorfeld wurde unter dem Namen Telfs 2.0 ein Team von engagierten

Mitarbeitern gebildet, um sich mit der neuen Materie präventiv intensiv auseinander zu setzen. Gemeinsam haben wir die Software getestet und Tiroler Gemeinden, in denen der ELAK bereits installiert war, besucht. Das Projekt wurde der Ortschaftspolitik vorgestellt und Bgm. Christian Härting und die restlichen Mandatäre befürworteten einhellig die Einführung einer elektronischen Aktenverwaltung.

„Die Einführung des elektronischen Aktes stellt für Telfs als innovative Gemeinde einen weiteren Meilenstein in Richtung moderne und bürgerorientierte Verwaltung dar.“

Bgm.  
Christian Härting,  
Marktgemeinde Telfs



Nachdem die Informationen gesammelt und die notwendigen organisatorische Schritte veranlasst worden sind, ist man zur Zeit dabei, in Zusammenarbeit mit der Fa. Kufgem und Tirol 2.0 Betreuer Arno Abler, den ELAK in Telfs Schritt für Schritt einzuführen. „Strategie ist alles“ - aus diesem Grund war die Vorlaufzeit für das Team Telfs 2.0 und die Marktgemeinde Telfs sehr wichtig für eine erfolgreiche Einführung dieser doch sehr wesentliche Veränderungen in der Verwaltung und in der Belegschaft.

Da das Projekt mit einer umfassenden Reorganisation der Verwaltung verbunden ist, war unser Team gefragt, sämtliche Prozesse der Gemeindeverwaltung neu zu strukturieren und alle Produkte zu evaluieren. Die digitale Aktenverwaltung läuft derzeit in der Marktgemeinde Telfs im dualen Testbetrieb, die Eingangspost wird den Sachbearbeitern digital und in Papierform (aus Sicherheitsgründen) weitergeleitet. Dies ist derzeit mit einem Mehraufwand verbunden, jedoch ist das Team Telfs 2.0 stets bemüht, die MitarbeiterInnen im Rahmen von laufenden Meetings zu schulen, Probleme zu lösen und die Vorteile der digitalen Aktenverwaltung auszuarbeiten. Hiezu darf festgestellt werden, dass jedenfalls die Effizienz und Transparenz der

Verwaltung durch diese Reorganisation gesteigert wird.

In Zukunft können unsere BürgerInnen ihre Anliegen (Formulare, Beschwerden etc.) digital einbringen und es ist deshalb besonders wichtig, dass tirolweite Standards (Standardprozesse, standardisierte Formulare und Musterbescheide) für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden. Diese Standards werden derzeit durch Arno Abler über das Projekt Tirol 2.0 in Zusammenarbeit mit der Fa. Kufgem erstellt. Dadurch wird den Gemeinden Rechtssicherheit und eine Vereinfachung der Prozesse gewährleistet. Durch die Standardisierung kann seitens der Gemeinden auf gesetzliche Änderungen schnell reagiert werden.

Sämtliche Verbesserungen kommen direkt den Tiroler BürgerInnen zu Gute, da Verfahren schneller und transparenter abgewickelt werden können.

Das Projekt Tirol 2.0 und die Digitalisierung der Verwaltung können die knappen Gemeindebudgets entlasten, was zukünftig einen weiteren Vorteil für die BürgerInnen bedeutet.

## FLGT & E-Government

„Der FLGT sieht seine Aufgabe darin, den Mitarbeitern der Tiroler

*Gemeinden praktische Beispiele für die Umsetzung von E-Government zu vermitteln, Programme zur elektronischen Abwicklung von Behördenverfahren zu erklären und Tipps und Tricks für den täglichen Verwaltungsablauf mitzugeben.“*

*Mag. Klaus Kostenzer,  
E-Government-  
Beauftragter des FLGT*



*„Gemeinsam sind wir stark!  
Ich glaube, dass wir in Tirol mit diesem landesweiten Projekt eine Vorreiterrolle in Österreich übernehmen und auf einem guten Weg im Hinblick auf eine effizientere Kommunalverwaltung sind.“*



*Mag. Bernhard Scharmer,  
Landesobmann des FLGT*

# Landesverband **Kärnten**

## Die Gemeinde im (wissenschaftlichen) Fokus

Österreichs Gemeinden sind immer mehr gefordert – und das nicht nur finanziell. Der Spagat zwischen Bürgerservice, Führung und Koordination von Ver- und Entsorgungsbetrieben sowie Altenpflege- und Kinderbetreuungseinrichtungen bei

gleichzeitig steigendem Effizienzgebot wird immer schwieriger. Diese Entwicklungen werden oft beschrieben und sind an sich keine Neuentdeckung. Wie aber Menschen in leitenden Positionen auf kommunaler Ebene die Leistungen und

die Leistungsfähigkeit ihrer Gemeinden sehen, wie Reformen der letzten Jahre erlebt wurden, welcher Druck empfunden wird, wie sich die Organisationskultur auf die Tätigkeit in der Gemeinde auswirkt, welche Aufgaben Dringlichkeit besitzen,

und welche Informationen und Kennzahlen wann und wie genutzt werden, um die Entscheidungsfindung auf Gemeindeebene zu unterstützen und mit BürgerInnen zu kommunizieren – das sind Fragestellungen, die im Rahmen einer im Jahr 2011 durchgeführten Studie erstmals im wissenschaftlichen Fokus standen. Unter der Leitung von Frau Prof. Mag. Dr. Iris Saliterer



befragte die Abteilung für öffentliche Betriebswirtschaftslehre der Alpen-Adria Universität Klagenfurt in einer Studie österreichweit BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen als ExpertInnen kommunaler Steuerung und Entwicklung. Vor dem Hintergrund des stetigen Aufgabewachstums von Gemeinden ergab sich ein erstes Hauptaugenmerk der Auswertung: die aus Sicht der EntscheidungsträgerInnen am häufigsten diskutierten Themenfelder, sowie die Bereiche mit dem am höchsten empfundenen Reformbedarf.

## Ihre Meinung auf einen Blick

Von den ca. 2.600 Befragten in Gemeinden bis zu 20.000 Einwohnern (99 % der österreichischen Gemeinden), füllten insgesamt 335 AmtsleiterInnen (26 %) und 274 BürgermeisterInnen (20 %) den Fragebogen vollständig aus. Die nachfolgend skizzierten Ergebnisse zeigen deutlich, welche Themen und Aufgabenfelder am häufigsten diskutiert werden. An der Spitze finden sich Schulen, Kinderbetreuung, Sport und Erwachsenenbildung, die in ca. 80 % der antwortenden Gemeinden als „oft diskutiert“ angegeben werden. An den Folgeplätzen

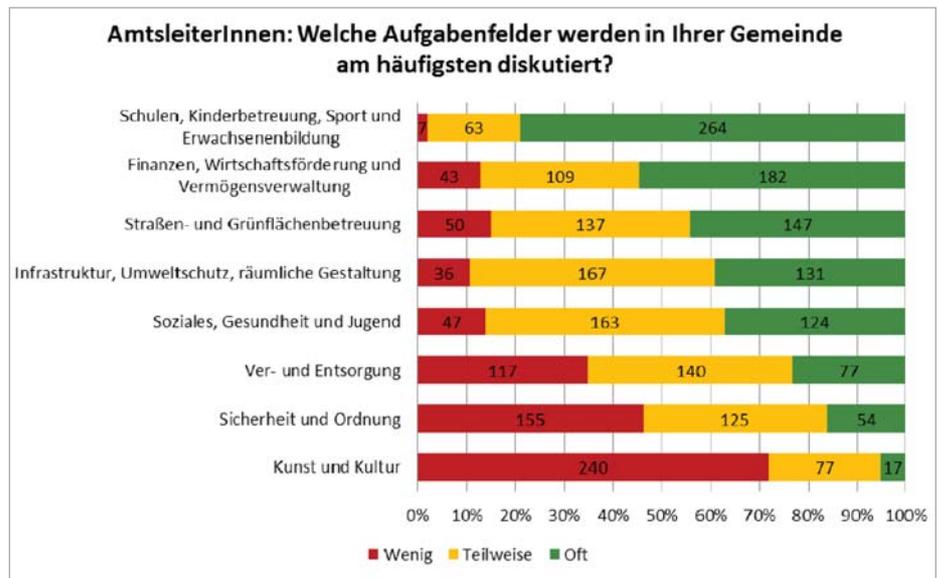


Tabelle 1

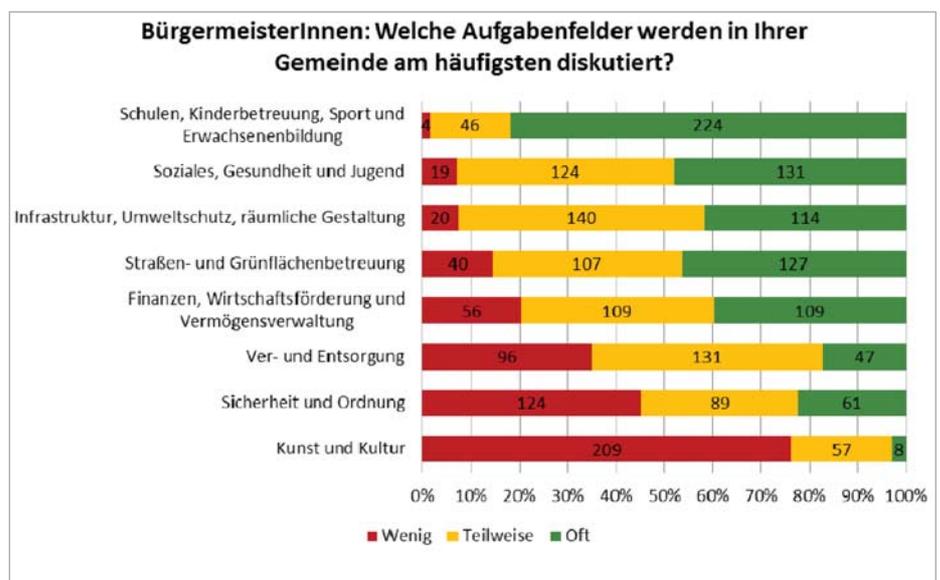


Tabelle 2

zeichnet sich jedoch eine unterschiedliche Auffassung zwischen AmtsleiterInnen und BürgermeisterInnen ab, die vor allem durch die hohe Bedeutung der Finanzen, Wirtschaftsförderung und Vermögensverwaltung bei den AmtsleiterInnen zum Ausdruck kommt. Sicherheit und Ordnung sowie Kunst und Kultur scheinen am runden Tisch weniger oft Thema zu sein.

Die AmtsleiterInnen und BürgermeisterInnen sollten in weiterer

Folge Innovationen und Reformbereiche nennen, welche Sie bei einer Zusage von finanzieller Unterstützung am ehesten umsetzen würden. Hier zeigt sich ein hoher Stellenwert der Mitarbeiterentwicklung, die drei Viertel der Befragten mit mittlerer oder hoher Priorität durchführen würden. Auslagerungen von Leistungen hingegen scheinen in diesem Szenario eher ein nachrangiges Thema zu sein.

## Ihre Interpretation mit einem Klick

Allgemein zeigt sich ein unterschiedliches Verständnis von Aufgabenfeldern und möglichen Reformbereichen bei AmtsleiterInnen und BürgermeisterInnen, jedoch sollen weitere Interpretationen der Ergebnisse und mögliche Spekulationen in dieser Ausgabe vorerst ausgespart werden.

Vielmehr möchten wir Sie als ExpertInnen dazu einladen, die Studie mit Ihrer Interpretation der dargestellten Ergebnisse zu bereichern, und uns Ihre Meinung zu folgenden Fragestellungen zuzusenden.

Warum werden gewisse Aufgabenfelder häufiger diskutiert als andere?

Welche davon werden aus Ihrer Sicht (in Ihrer Gemeinde und in Ihrem Umfeld) die Gemeinden in Zukunft weiterhin vor große Herausforderungen stellen, und warum?

Wieso werden manche Reformbereiche als dringlicher empfunden?

Welche konkreten Maßnahmen stecken Ihrer Meinung nach hinter diesen Schlagwörtern?

Welche sind aus Ihrer Sicht mögliche Gründe für den unterschiedlichen Vorrang von Themen- und Reformfeldern bei BürgermeisterInnen und AmtsleiterInnen?

Ihre Beiträge fließen in eine kritische Diskussion der Ergebnisse mit ein, welcher wir uns in der nächsten Ausgabe widmen werden.

Mit einem Klick auf <https://www.uni-klu.ac.at/limesurvey2011/index.php?sid=24244&lang=de> können Sie uns bis zum

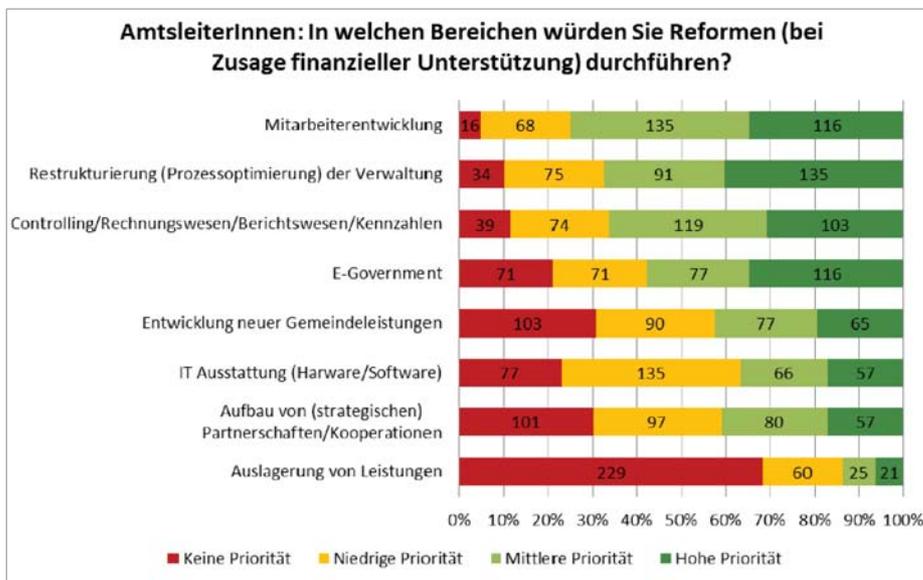


Tabelle 3

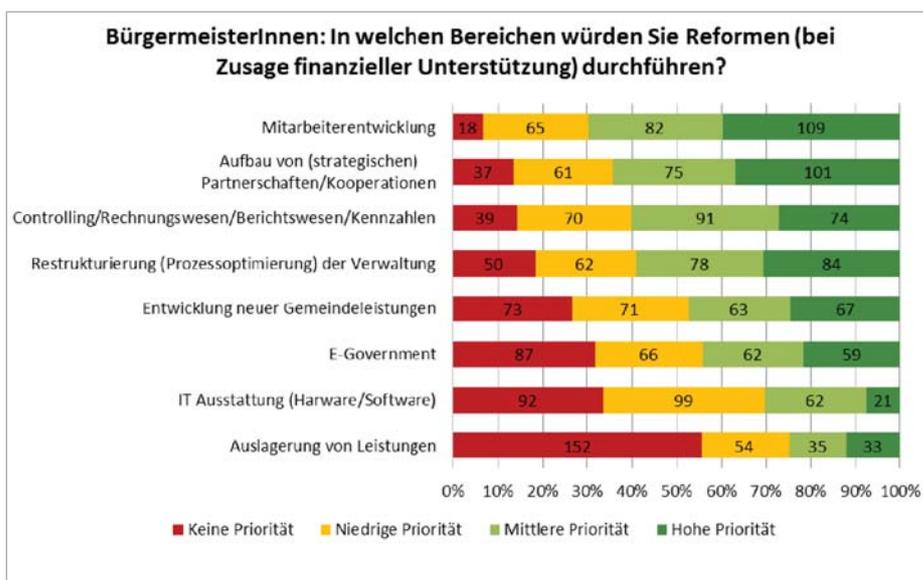


Tabelle 4

15.5.2012 anonym Ihre Interpretation bzw. Antworten auf einige dieser Fragestellungen zusenden.

Alternativ können Sie Ihre Antworten natürlich auch gerne an die Studienleiterin

**Frau Prof. Mag. Dr. Saliterer**  
([iris.saliterer@aau.at](mailto:iris.saliterer@aau.at))  
senden.



*Euer*  
**Kurt Thelesklaf**  
FLGÖ Landesobmann Kärnten

# Ein Dienstrecht geht seinen Weg ...

10 Jahre Gemeinde Vertragsbedienstetengesetz 2011

Eine Zwischenbilanz

## 2001/02: Kodifizierung des Gemeindedienstrechts

Das mit 1. Jänner 2002 in Geltung getretene (Salzburger) Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2001 (Gem-VBG) geht mittlerweile in sein elftes Jahr. Erstmals stand damit für den Gemeindedienst ein im Wesentlichen voll ausformuliertes Regelwerk zur Verfügung. Dessen Vorgänger aus 1968 war mit nur 9 Paragraphen zwar verlockend kurz, enthielt dafür aber weitreichende und teilweise nur sehr schwer zu durchblickende Verweisungen auf diverses Bundesrecht (zT in früheren Fassungen).

## Sozialpartnerschaft wird großgeschrieben!

Das Gem-VBG erlebte seit seinem Inkrafttreten bereits eine Reihe von Novellen. Bei allen Vorhaben sind der Städtebund, der Gemeindeverband, die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten und der FLGÖ eingebunden. Regelmäßig tagen deren Vertreter/innen unter der Federführung der Gemeindeabteilung. Die dabei akkordierten Neuerungen finden anschließend in aller Regel auch die Zustimmung des Gemeinderessorts bzw. der Landesregierung und des Landtages. Neben der Übernahme von einigen bundesrechtlichen Änderungen (zB Betriebliche Mitarbeitervorsorge, Elternteilzeit, Mehrstundenzuschlag für Teilzeitbeschäftigte) wurden seit 2002 durchaus auch eigenständige Wege beschritten.

## Eigene Entlohnungsgruppe für FH-Absolventen

Bereits 2003 wurde für die Fachhochschulabsolventen eine neue zwischen a und b „rangierende“ Entlohnungsgruppe fh eingeführt. Durch die jüngste Novelle 2012 wurde dazu präzisiert, dass „fh“ allen Absolventen eines einschlägigen Fachhochschulstudiums (Mag., DI, Master, Bachelor) bzw. eines Universitäts-Bachelor-Studiums offen steht.

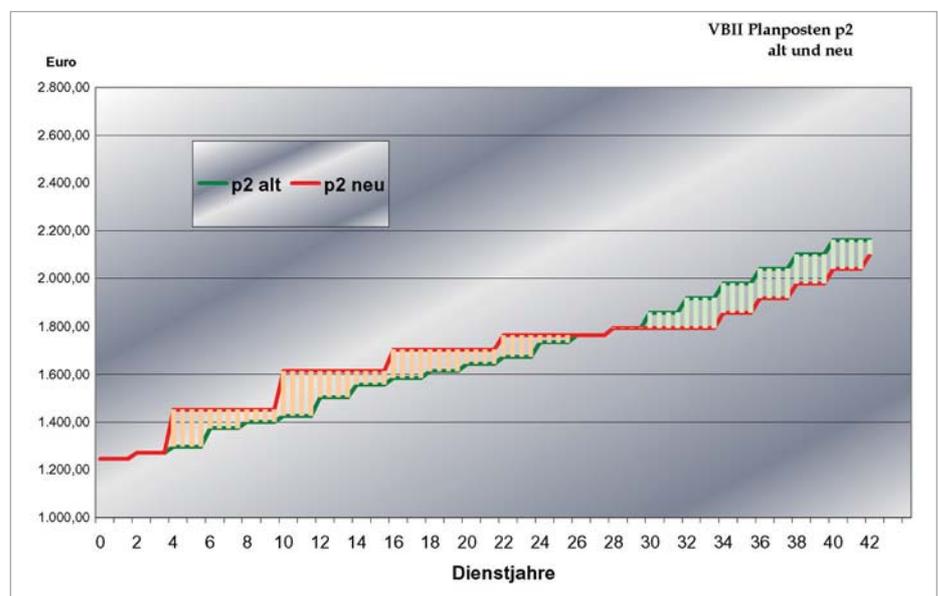
## „Sanfte“ Gehaltsreformen 2003/04 und 2008

2003 wurde im Gem-VBG der Grundstein für flexiblere Beförderungsbestimmungen geschaffen. Eine dazu Mitte 2004 in Geltung getretene Verordnung („Gemeinde-Beförderungsrichtlinien“) ermöglicht den Bediensteten des Schemas I („Angestelltenschema“) seitdem eine weniger senioritätslastige, flachere Einkommenskurve. Erreicht wird

dies durch raschere Beförderungen und damit verbundene Vorrückungsaussetzungen in der ersten Hälfte des Arbeitslebens. 2008 konnte für die Bediensteten des Schemas II („Handwerkerschema“) eine analoge Regelung eingeführt werden. Ein Vorteil des neuen Reglements liegt darin, dass es die Bediensteten selbst in der Hand haben, im Wege guter Leistungen eine attraktivere Einkommenskurve zu erzielen.

## Novellen 2006 und 2008

Anfang 2006 kam das endgültige „Aus“ für Neupragmatisierungen im Salzburger Gemeindedienst. So gibt es derzeit nur mehr 13 aktive Gemeindebeamtinnen und -beamte. Mit 1. Dezember desselben Jahres traten im Gem-VBG diverse wichtige Änderungen in Geltung, wie die Verlängerung der gesetzlichen Probezeit von einem auf drei Monate, die Ermöglichung flexiblerer Dienstvertrags-Befristungen,



Einkommenskurve „alt“ und „neu“ in der Entlohnungsgruppe p2 des Schemas I („Handwerkerschema“)

neue Bestimmungen betreffend die Entgeltfortzahlung bzw. das automatische Enden des Dienstverhältnisses bei längeren Krankenständen, eine praxisgerechte Regelung für den Ersatz von Ausbildungskosten und der Entfall von einigen Genehmigungsvorbehalten sowie der achtjährigen Wartefrist bei der Überstellung von B-Maturanten. 2008 folgte schließlich eine wesentliche Vereinfachung der Vorrückungstagsregelung.

### Reform der Einreihungskriterien für das „Handwerkerschema“

Die jüngste Novelle 2012 brachte wieder eine Reihe von bedeutsamen

Neuerungen, wie den Entfall der „Samstags-Feiertags-Regelung“, Präzisierungen beim Dienstzeit- und Urlaubsrecht, weitere Verbesserungen im Beförderungsrecht, eigenständige, stark vereinfachte Reisegebührenvorschriften und eine umfassende Modifizierung der Einreihungskriterien für das „Handwerkerschema“ (Entlohnungsgruppen p1-p5).

### Ausblick

Die Beurteilung darüber, ob sich das Salzburger Gemeindedienstrecht auf einem guten Weg befindet, wird je nach Blickwinkel unterschiedlich ausfallen. Grundkonsens auf sozialpartnerschaftlicher Ebene ist aber,

dass das Dienstrecht der derzeit rd. 8000 Gemeindemitarbeiter/innen behutsam laufend weiterentwickelt wird. Stillstand ist also nicht angesagt! Derzeit werden jedenfalls schon diverse Vorschläge für die nächste Novelle diskutiert.



*Dr. Peter Schernthaner  
Amt der Sbg. Landesregierung  
Gemeindeabteilung*



## Auszeichnung

### Wiederverleihung des Gütesiegels für „Betriebliche Gesundheitsförderung“ an die Gemeinde Elsbethen

Die Gemeinde Elsbethen hat für ihre betriebliche Gesundheitsförderung das Gütesiegel nach den Qualitätskriterien des Europäischen Netzwerkes für betriebliche Gesundheitsförderung als **erste Gemeinde Österreichs** erneut verliehen bekommen. Mit Unterstützung der Sbg. Gebietskrankenkasse wurde im Jahr 2006 mit dem Durchleuchten der einzelnen Arbeitsplätze und Befragung aller MitarbeiterInnen begonnen und mit regelmäßigen Treffen in Gesundheitszirkeln ergänzt. In der Folge konnten verschiedene Schwerpunkte gesetzt werden, die sich bis heute auch in der Freizeit der MitarbeiterInnen fortsetzen. Mit einem vergünstigtem Zugang zum Fitnessstudio und einem Rückenfit-Kurs wurde begonnen, verschiedene Vorträge, wie „Richtiges Heben und Tragen“ sowie regelmäßige Informationen über Gesundheitsvorträge der SGKK u.a. folgten. Der angebotene Obstkorb findet heute noch Anklang, wie auch die gemeinsamen Aktivitäten in der Freizeit, wie Ski fahren, rodeln, kegeln, Rad fahren, wandern, usw., die nicht nur gesund sind und Spaß machen, sondern auch das Betriebsklima nachhaltig positiv beeinflussen. Bei „Mitarbeiter bewegen Mitarbeiter“ werden die KollegInnen in 10-Minuten-Einheiten wöchentlich mobilisiert. Schwerpunkte mit Vorträgen und Kursen über das Jahr verteilt wie Mentalbilanz /



Im Bild von li.nach re.:  
GKK-Obmann Siegfried Schluckner, Bgm. DI Franz Tiefenbacher, Monika Dobler, AL Mag. Erwin Fuchsberger, Gesundheitsminister Alois Stöger

Energiebilanz im Jahr 2010, Bewegungsbilanz im Jahr 2011 und Ernährungsbilanz im Jahr 2012 werden sehr gut angenommen.

Besonders erfreulich sind die vielen positiven Rückmeldungen und vor allem, dass das Thema Gesundheit ein Dauerbrenner geworden ist, denn Gesundheit ist so viel mehr als nur Abwesenheit von Krankheit. In Salzburg sind bereits 40 Unternehmen Gütesiegelträger, die sich alle einig darüber sind, dass sich die BGF-Maßnahmen und Investitionen nachhaltig für alle Beteiligten lohnen.

Herr Alois Stöger, Bundesminister für Gesundheit, gratulierte der Gemeinde Elsbethen für ihre nachhaltige Förderung der Dienstnehmer und betonte die Wichtigkeit im Hinblick auf längeres Arbeiten und Altern in guter gesundheitlicher Verfassung am Arbeitsplatz.

# „Unternehmerisch agieren, vorausschauend planen“

Wolfgang Figl, Leiter des Bereichs Public Sector bei der Bank Austria, über die finanzielle Zukunft der Gemeinden und wie sie die Bank Austria bei der Bewältigung der budgetären Herausforderungen unterstützt – zum Beispiel mit dem Praxisplaner „Erweiterter Haushalts-Check“.

Herr Figl, die kommunalen Haushalte kämpfen damit, sinkende Einnahmen und zunehmend steigende Ausgaben – insbesondere aufgrund stetig wachsender Sozialtransfers – auszugleichen. Wird die konjunkturelle Entwicklung Entlastung bringen?

*Aus momentaner Sicht wird das nicht der Fall sein. Aufgrund des Sparpakets zur Reduktion der öffentlichen Verschuldung ist mit einem sehr moderaten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Auf die Finanzen der Gemeinden umgelegt, bedeutet diese Prognose, dass für 2012 mit einem Anstieg der Ertragsanteile um nur 1,9 Prozent zu rechnen ist. Der Überschuss der laufenden Gebarung, der sogenannte*

*Saldo 1, wird also weiterhin zurückgehen und in den kommenden Jahren auf halbem Niveau der Jahre 2008 und davor liegen. Damit halbiert sich der Investitionsspielraum der Gemeinden.*

Welche Gefahr ergibt sich dadurch?

*Es besteht das Risiko, dass dringend notwendige Investitionen zur Sicherstellung der Lebensqualität in den Gemeinden unterbleiben oder aufgeschoben werden müssen.*

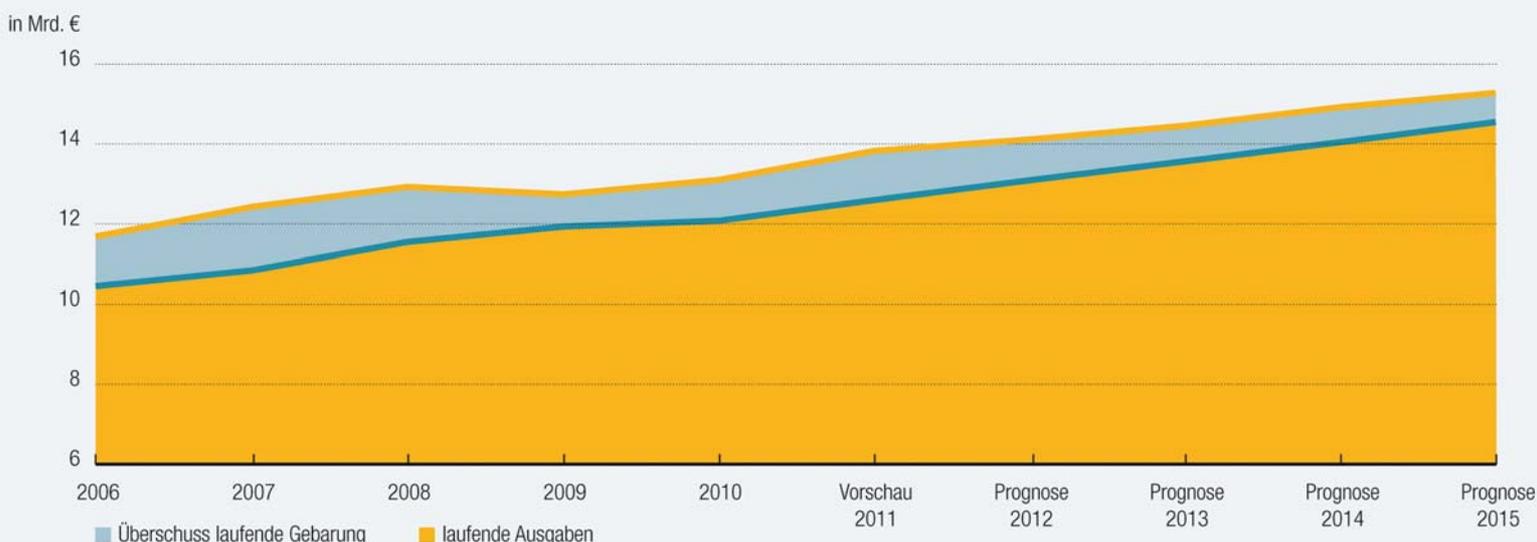
Was können die Gemeinden tun, um solche Investitionsrückstaus zu vermeiden?

*Jetzt ist es mehr denn je erforderlich, einen verlässlichen Finanz-*

*partner an seiner Seite zu haben und in der kommunalen Haushaltsführung verstärkt unternehmerisch zu agieren und zu planen. Durch eine solche Planung können natürlich weder die Einnahmen gesteigert, noch die Bundesertragsanteile verändert werden. Eine umfassende Planung bewirkt aber, dass die knappen Mittel, die den Gemeinden zur Verfügung stehen, optimal eingesetzt werden.*



## Überschuss laufende Gebarung



Worauf kommt es bei dieser Planung am meisten an?

*Wichtig sind vor allem zwei Punkte: Erstens muss rechtzeitig mit der Planung begonnen und ein Zeitraum über mehrere Jahre betrachtet werden. Zweitens ist entscheidend, dass bei Investitionen nicht nur die Anschaffungskosten kalkuliert, sondern auch die laufenden Betriebs- und Instandhaltungskosten einbezogen werden.*

Es ist immer häufiger der Fall, dass Gemeindebetriebe als rechtlich eigenständige Einheiten ausgliedert sind und nach einem anderen buchhalterischen System als der Gemeindehaushalt erfasst werden. Wie kann die Planung in solchen Fällen sinnvoll gestaltet werden?

*Da dieser Trend seit einigen Jahren bereits besteht, hat die Bank Austria in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung ihre bisherigen Planungstools um den „Erweiterten Haushalts-Check“ zur integrierten Darstellung von Gemeindehaushalten und deren ausgliederten Betrieben erweitert. Der Anwender erhält auf bedienerfreundliche Weise eine konsolidierte Darstellung der Gesamtfinanzen. Diese bildet die Grundlage für Investitionsentscheidungen und die Analyse der bestehenden Finanzpositionen, um eine Optimierung vorzunehmen zu können.*

## Planungstool

[www.praxisplaner.at](http://www.praxisplaner.at)

Derzeit stellt die Bank Austria gemeinsam mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung fünf Praxisplaner zu folgenden Themenbereichen zur Verfügung:

- Bonitäts- und Risikoanalyse
- Kinderbetreuung
- Senioren- und Pflegeheime
- Investitions- und Vorhabensplanung
- Erweiterter Haushaltscheck inkl. Betriebsausgliederungen

Bereits mehr als 210 auf [www.praxisplaner.at](http://www.praxisplaner.at) registrierte Städte und Gemeinden verwenden diese Planungstools. Im Rahmen der Kommunalforen, die die Bank Austria jährlich in Zusammenarbeit mit dem KDZ, dem Städtebund und dem Gemeindebund durchführt, werden regelmäßig neue Praxisplaner vorgestellt.

*Mit unserer langfristigen Erfahrung stehen wir den Gemeinden bei der Planungsaufgabe beratend zur Seite.*

## Bank Austria

*Kontakt*

Als Österreichs führender Finanzpartner der Öffentlichen Hand sieht es die Bank Austria gerade auch in schwierigen Zeiten als ihre Verpflichtung, den kommunalen Bereich zu unterstützen. Sie hat – als bisher einzige Bank in Österreich – einen eigenen Bereich eingerichtet, der sich vollkommen auf die Bedürfnisse der Gemeinden spezialisiert hat. Das gilt sowohl für die individuelle Betreuung vor Ort als auch für die Produktgestaltung.

Für detaillierte Informationen wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeindebetreuerin bzw. Ihren Gemeindebetreuer auf

[publicsector.bankaustria.at](http://publicsector.bankaustria.at)  
oder unter der  
Tel. 05 05 05-41691.

 **Bank Austria** Member of  **UniCredit**

*Die Planungstools sind allen Gemeinden kostenlos über das Internet unter [www.praxisplaner.at](http://www.praxisplaner.at) zugänglich.*



Besuchen Sie unsere Homepage unter

[www.flgö.at](http://www.flgö.at)  
oder  
[www.flgoe.eu](http://www.flgoe.eu)

Wir würden uns sehr freuen!

# Das Märchen vom Beamtenstaat Österreich

stimmt in dieser Form ganz und gar nicht.

In 21 Ländern ist der Anteil der öffentlich Bediensteten an der Gesamtbeschäftigung deutlich höher als in Österreich, das weit unter dem OECD-Schnitt liegt.

Zu viele Beamte, zu wenig Leistung, zu hohe Kosten. Das ist der Eindruck, der oft vermittelt wird, wenn es um den öffentlichen Dienst geht. Nun zeigt ein Vergleich der OECD: **Das Märchen vom Beamtenparadies Österreich stimmt in dieser Form ganz und gar nicht. Warum das so ist, lesen Sie hier.**

Kein Tag vergeht, an dem nicht der öffentliche Dienst Zielscheibe von Medien und Politik ist. "Verwaltungsreform" ist ein häufig gebrauchtes und selten umgesetztes Wort, möchte man meinen. In der Wahrnehmung der meisten Menschen ist Österreich ein Beamtenparadies.

Mit überraschender Deutlichkeit entkräftet nun eine Untersuchung der OECD diese Wahrnehmung. Die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) vereinigt 34 Länder auf der ganzen Welt, die sich zu Demokratie und Marktwirtschaft bekennen. In einem aktuellen Vergleich zwischen 36 Staaten (OECD-Mitglieds- und Partnerländer) wird der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung der Mitgliedsländer dargestellt. Und siehe da: **In 21 Ländern ist der Anteil der öffentlich Bediensteten an der Gesamtbeschäftigung deutlich höher als in Österreich, das weit unter dem OECD-Schnitt liegt.** Auch die Entwicklung zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2008 wurde untersucht.

Die Zahlen der OECD zeigen: Der Anteil öffentlich Bediensteter an der Gesamtbeschäftigung ist in Österreich deutlich geringer, als in vielen anderen Ländern.

Derzeit liegt Österreich bei einem Beschäftigungsanteil des öffentlichen Dienst von **11,4 Prozent**. 2008 waren es noch 13,5 Prozent. Das sind rund 350.000 Personen, die beim Bund, den Ländern oder den Gemeinden beschäftigt sind. 132.804 davon arbeiten im Bundesdienst (jeweils Vollzeitäquivalente), die Länder beschäftigen 142.798 Mitarbeiter/innen, die Gemeinden (Wien wird als Bundesland gerechnet) beschäftigen 74.922 Mitarbeiter/innen.

## Skandinavische Länder mit größtem Anteil an Staatsdienern

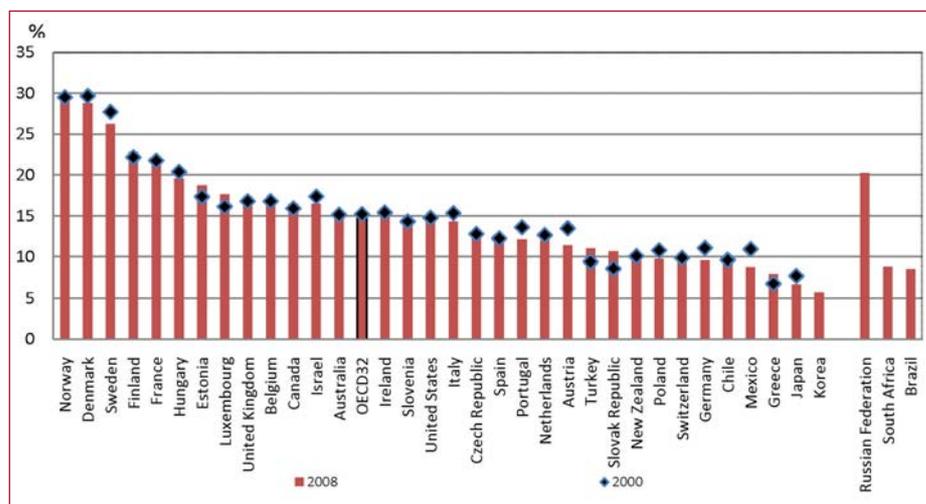
Im Durchschnitt betrug der Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung im Jahr 2008 in den OECD-Staaten 15,0 Prozent (2000: 15,2 Prozent). Spitzenreiter in

negativer Hinsicht sind ausgerechnet die skandinavischen Staaten, die gerade bei Gemeinde- und Verwaltungsreformen immer wieder als Vorbilder genannt werden. So arbeitet in Norwegen fast jeder dritte unselbstständig Erwerbstätige (29,3 Prozent) für den Staat, im Ranking dicht dahinter Dänemark (28,7 Prozent), Schweden (26,2 Prozent) und Finnland (22,9 Prozent). Das erste nicht-skandinavische Land in diesem Ranking ist Frankreich mit 21,9 Prozent öffentlicher Beschäftigungsquote.

Die geringste öffentliche Beschäftigungsquote weisen übrigens Korea (5,7 Prozent) und Japan (6,7 Prozent) aus. Griechenland liegt mit 7,9 Prozent nur scheinbar gut, hier ist der Anteil ausgliederter Bereiche besonders hoch.

## Österreich deutlich besser als USA oder Kanada

Mit seinen 11,4 Prozent Staatsdienern liegt Österreich übrigens



noch weit besser, als etwa die USA, wo 14,6 Prozent im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Auch Kanada (16,5 %) oder Australien (15,6 %) schneiden deutlich schlechter, als Österreich ab. Russland ist mit einem Anteil von 20,1 Prozent auch noch unter den schlechtesten Ländern. Im Zeitraum zwischen 2000 und 2008 haben

Österreich und Mexico relativ gesehen am meisten Staatsdiener abgebaut (minus 2,1 Prozent).

Die Daten im Detail siehe unten:

**Quellen:**

OECD 2011, Beschäftigung im Öffentlichen Dienst, Das Personal des Bundes in Zahlen 2011

Artikel:  
„kommunalnet.at/Daniel Kosak“

Daniel Kosak  
Österreichischer Gemeindebund  
(Leiter Presse & Kommunikation)

Tel.: (01) 512 14 80

E-Mail: [daniel.kosak@gemeinebund.gv.at](mailto:daniel.kosak@gemeinebund.gv.at)

[www.gemeinebund.gv.at](http://www.gemeinebund.gv.at)

Ranking	Land	Beschäftigungsquote öffentlicher Dienst 2000	Beschäftigungsquote öffentlicher Dienst 2008	Veränderung in % zwischen 2000 und 2008
1	Norwegen	29,5 %	29,3 %	-0,2
2	Dänemark	29,7 %	28,7 %	-1,0
3	Schweden	27,7 %	26,2 %	-1,5
4	Finnland	22,2 %	22,9 %	+0,7
5	Frankreich	21,8 %	21,9 %	+0,1
6	Ungarn	20,4 %	19,5 %	-0,9
7	Estland	17,3 %	18,7 %	+1,4
8	Luxemburg	16,1 %	17,6 %	+1,5
9	Großbritannien	16,8 %	17,4 %	+0,6
10	Belgien	16,8 %	17,1 %	+0,3
11	Kanada	15,9 %	16,5 %	+0,6
12	Israel	17,3 %	16,5 %	-0,8
13	Australien	15,1 %	15,6 %	+0,5
	<b>OECD Durchschnitt</b>	<b>15,2 %</b>	<b>15,0 %</b>	<b>-0,2</b>
14	Irland	15,4 %	14,8 %	-0,6
15	Slowenien	14,3 %	14,7 %	+0,4
16	USA	14,8 %	14,6 %	-0,2
17	Italien	15,3 %	14,3 %	-1,0
18	Tschechien	12,8 %	12,8 %	+/- 0
19	Spanien	12,2 %	12,3 %	+0,1
20	Portugal	13,6 %	12,1 %	-1,5
21	Niederlande	12,7 %	12,0 %	-0,7
<b>22</b>	<b>Österreich</b>	<b>13,5 %</b>	<b>11,4 %</b>	<b>-2,1</b>
23	Türkei	9,4 %	11,0 %	+1,6
24	Slowakei	8,6 %	10,7 %	+2,1
25	Neuseeland	10,1 %	9,8 %	-0,3
26	Polen	10,8 %	9,7 %	-1,1
27	Schweiz	9,9 %	9,7 %	-0,2
28	Deutschland	11,1 %	9,6 %	-1,5
29	Chile	9,6 %	9,1 %	-0,5
30	Mexiko	10,9 %	8,8 %	-2,1
31	Griechenland	6,8 %	7,9 %	+1,1
32	Japan	7,7 %	6,7 %	-1,0
33	Korea	5,7 %		
	Russland	20,2 %		
	Südafrika	8,9 %		
	Brasilien	8,6 %		

# Landesverband Oberösterreich

## Neue Kommunalmanagement-Software für Österreichs Gemeinden - k5

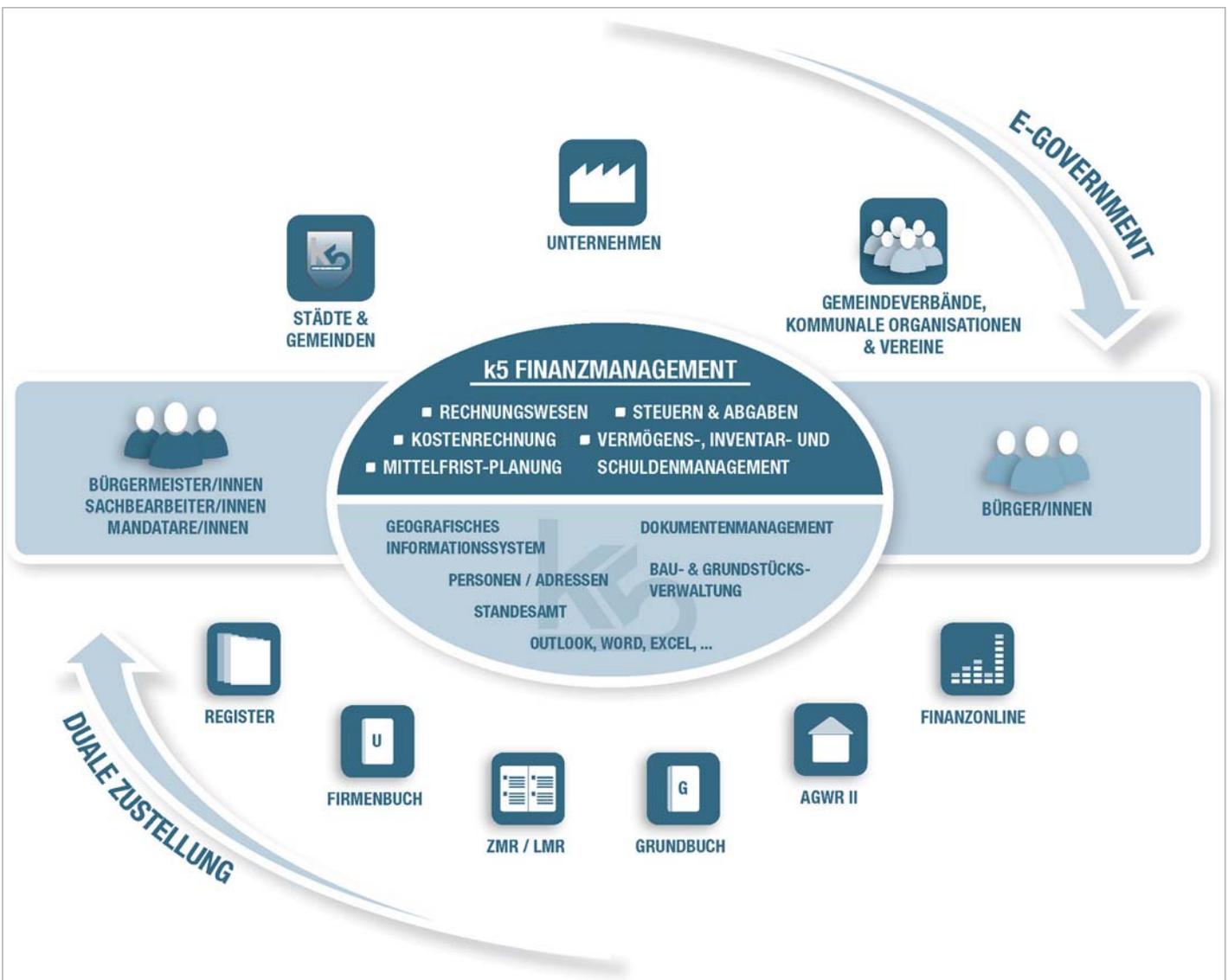
1.500 Gemeinden, neun Bundesländer, fünf Partner, nur mehr eine Software für die Buchhaltung und das gesamte Kommunalmanagement. Was sich so einfach und logisch liest, ist nicht leicht zu realisieren. Während die meisten Gemeinden Österreichs mit KIM und Defakto zumindest im Rechnungswesen relativ einheitlich arbeiten, sind dann noch dutzende unterschiedliche Programme für Dokumentenmanagement, Bau- und Grundstücksverwaltung, Standesamt, Personenverwaltung und Grafische Informationssysteme in Österreichs Gemeinden im Einsatz.

Und genau das muss sich aus Sicht der Marktführer ändern. Die fünf Firmen Gemdat NÖ (Niederösterreich), Gemdat OÖ (Oberösterreich), Gemeindefinformatik (Vorarlberg), Kufgem-EDV (Tirol, Salzburg) und PSC Public Software & Consulting (Kärnten, Steiermark, Burgenland) haben sich vor Jahren zu einer gemeinsamen Entwicklung zusammen getan. Das Produkt wird im Herbst 2012 fertig sein und den Namen „k5“ tragen. „k5“ steht dabei für die Anzahl der Partnerfirmen und soll der Österreich-Standard bei der Kommunalmanagement-Software für Österreichs Gemeinden werden“,

erzählt Josef Strasser, Geschäftsführer der Gemdat OÖ. (Anm: Österreich hat 2.358 Gemeinden)

### Gemeindesoftware vereinheitlichen

Vor allem die zentralen Programme KIM und Defakto sind schon über dem Zenit des Softwarelebens und stark angegraut. Um nicht nur die gewachsene Software-Landschaft unter einen Hut zu bringen, sondern auch die fünf Partnerfirmen aus den Bundesländern wurde die Projektmanagement-Methode Scrum gewählt. Die Größenordnung von k5



verlangt nach einer präzisen und effizienten Programmier- bzw. Projektmanagement-Methode. Die Entwicklung dauert mehrere Jahre, das Kernteam besteht aus zwölf Personen, die an unterschiedlichen Standorten arbeiten. „Scrum-Master“ ist Dr. Peter Polndorfer, Geschäftsführer der Gemdat OÖ. Er moderiert, ist für die optimale Umsetzung des Scrum-Prozesses verantwortlich und bezeichnet die Benutzerfreundlichkeit und Bedienbarkeit als vielleicht wichtigste Zielsetzung.

Damit sollte es gelingen, ein vollintegriertes Finanzmanagement für Gemeinden mit einer ansprechenden Oberfläche a la Windows7 und Office 2010 zu entwickeln. An das Rechnungswesen, die Steuern & Abgaben, die Kostenrechnung, die Vermögens-, Inventar- und das Schuldenmanagement docken die Personalverrechnung, der elektronische Akt und die Prozesse der Bauverwaltung, des Standesamtes und des Grafischen Informationssystems an. Die Einbindung der Register wie ZMR, GWR, Grundbuch, Firmenbuch und perfekte Auswertungen sind genau so selbstverständlich, wie die Integration von Outlook und MS-Office und der persönliche Arbeitsplatz des Bearbeiters. Die duale Zustellung macht den elektronischen Workflow perfekt.

## Anforderungen der Führungskräfte

Damit sollte einiges an Synergieeffekten und schlankeren Prozessen möglich sein. Auch an die Anforderungen der Führungskräfte an das mobile Arbeiten wurde gedacht: ob in der Gemeinde oder zu Hause, am PC oder am Tablet. Grundsätzlich ist alles möglich. k5-Schnittstellen werden ausschließlich über Webservices zur Verfügung gestellt, was zu weiterer Vereinfachung und Vereinheitlichung führt.

Beim technische Hintergrund ist Microsoft.NET als Entwicklungsumgebung zu nennen, die systemweite Datenbank MS-SQL Server und die Möglichkeit, k5 im Rechenzentrum (Stichwort Cloud) zu betreiben oder als Inhouse-Lösung. Da gilt es dann, dass jede Gemeinde die richtige Entscheidung trifft. Kooperationen im Verwaltungsbereich werden damit jedenfalls erleichtert. Die Kosten für die Gemeinden stehen noch nicht fest. Fix ist: k5 wird ausschließlich über ein jährliches Nutzungsentgelt angeboten und nicht über eine Einmal-Lizenzgebühr. Im jährlichen Nutzungsentgelt ist auch die Programmwartung enthalten.

An der Produktentwicklung haben nicht nur die Experten der Fachfirmen gearbeitet. Die Fachleute aus den Gemeinden, Bürgermeister und auch Bürger wurden miteinbezogen, um jede einzelne Sicht zu kennen und flexibel darauf reagieren zu können. Das alles sind die Zutaten für ein gelungenes Produkt, für eine österreichische Lösung für kleine, mittlere und größere Gemeinden. Die österreichische Kommunalwelt darf also gespannt sein.

Weitere Informationen:

[www.k-5.at](http://www.k-5.at)



**Mag. (FH) Reinhard Haider**  
Amtsleiter der Marktgemeinde

A-4550 Kremsmünster,

Telefon: (07583) 52 55-26;

Fax: (07583) 70 49

E-Mail: [haider@kremsmuenster.at](mailto:haider@kremsmuenster.at)

E-Government-Beauftragter  
des OÖ. Gemeindebundes

„Quelle: OÖ. Gemeindezeitung  
des OÖ. Gemeindebundes“

# Jubiläums- Landesfachtagung des FLGÖ Vorarlberg

Die diesjährige Landesfachtagung 2012 des FLGÖ Vorarlberg für uns Leitende Gemeindebedienstete und Stadtamtsdirektoren ist bereits fixiert. Die ersten Vorbereitungsmaßnahmen sind getroffen. Wir feiern dabei auch das 10-jährige Bestehen des FLGÖ Vorarlberg.

### Tagungsthema:

"Gesunde Gemeinden"

### Ort: Feldkirch

Landeskrankenhaus Feldkirch

### Wann:

Donnerstag, 27.9.2012,  
10:00 Uhr bis 17:00 Uhr

### Inhalte:

Interessante Führungen am Vormittag (Technik, Küche, Pathologie, etc.) mit anschließender Tagung ab 13.30 Uhr am Nachmittag

Bitte merkt euch den Termin vor. Es wird sicherlich eine sehr interessante Tagung!



**GSekr. Helmut Burger**  
FLGÖ-Landesobm. Vorarlberg

Gemeindeamt Koblach

Werben 9, A-6842 Koblach

Tel. 05523/62875-11

Fax 05523/62875-20

Mobil 0676/836287511

[helmut.burger@koblach.at](mailto:helmut.burger@koblach.at)

[www.flgo.at](http://www.flgo.at)

# Landesverband Oberösterreich

## Gemeinde-Beschwerdemanagement per Mobiltelefon

Die Straßenbeleuchtung funktioniert nicht, ein Leistenstein am Gehsteig lockert sich, Äste hängen gefährlich auf eine Fahrbahn: Meldungen und Beschwerden an die Heimatgemeinde zu richten ist üblicherweise einfach. Zu normalen Geschäftszeiten per Telefon oder von zu Hause aus über ein Anfrageformular auf der Gemeinde-Homepage. Was aber, wenn am Sonntag beim Spaziergang ein Problem entdeckt wird oder bei der nächtlichen Autofahrt. Zu Hause ist zumeist alles vergessen oder anderes wichtiger.

Erstmals können in Oberösterreich von den Bürgern Problemstellen in der Gemeinde auch per Handy-App gemeldet werden. Kremsmünster hat als erste Gemeinde eine App der Oö. Gemdat übernommen und für ihre Bürger freigeschaltet: „**Bürgermeldungen**“. Einfach an Ort und Stelle das Smartphone oder iPad zücken, ein Bild machen, kurze Beschreibung dazu und „senden“. Die Applikation ermittelt über GPS den genauen Standort und sendet die Daten automatisch an die richtige Stelle im Gemeindeamt. Das ist mobiles Bürgerservice.

„*Davon haben alle was. Die Bürger weil Schadensfälle schneller behoben werden, wir als Gemeinde weil alle zusammen mehr sehen und wir gemeinsam den Ort lebenswert gestalten können*“, freut sich Bürgermeister Gerhard Obernberger. Der für Innovationen am Gemeindeamt zuständige Amtsleiter Mag. (FH) Reinhard Haider ergänzt: „*Wir haben keine Angst vor den Meinungen der Bürgerinnen und Bürger. Wir sind offen für alle Meldungen und Informationen, wie auch am Diskussionsforum unserer Website ersichtlich ist*“. Um Missbrauch zu vermeiden

ist eine einmalige Anmeldung bei der Applikation „Bürgermeldungen“ erforderlich. Natürlich können die Bürger anschließend auf der Website nachverfolgen, ob und wie die Gemeinde die gemeldeten Schäden behoben hat.

Folgende Webapplikationen für Schadensmeldungen werden in Österreich angeboten:

Bürgermeldungen:

[www.buergermeldungen.com](http://www.buergermeldungen.com)

Das Produkt wird derzeit von 24 Gemeinden in Österreich genutzt, unter anderem in Kufstein: <http://www.buergermeldungen.com/buergermeldungen/kufstein>. Der Einsatz von [buergermeldungen.com](http://www.buergermeldungen.com) ist eine interessante Möglichkeit für Städte und Gemeinden, die Kommunikation mit den Bürgern zu vereinfachen und die Mängelbehebung im öffentlichen Raum zu beschleunigen. Die Webapplikation integriert sich in die Gemeinde-Website und steht auch auf Smartphones zur Verfügung. Die zuständigen Mitarbeiter werden je nach Art der Meldung direkt informiert (Straßenbeleuchtung, Kanal und Wasser, Straßen, ...). Die Handy-App selbst im App-Store für das iPhone und Android unter „Bürgermeldungen“ zu finden. Die App für Windows Phone 7 folgt in wenigen Monaten.

Mach mit:

[www.buergerplattform.at](http://www.buergerplattform.at)

Vor allem mit der Handy-Software können Bürger und Bürgerinnen Mängel im öffentlichen Bereich via „Mach mit“ melden. Die Stadt Wien hat sich für „Mach mit“ entschieden, siehe <http://data.wien.gv.at/apps/machmit.html>. Für Wien wird das Kartenmaterial der Stadt Wien über die Stadtplan-Schnittstelle mit einer

Fülle von Mehrwertfunktionen und einer bislang unerreichten Genauigkeit angeboten. Somit nutzt „Mach mit!“ bereits die Open Government Daten der Hauptstadt. Die Plattformen iPhone, Windows Phone 7 und Android werden unterstützt.

Bürgerradar:

[www.buergerradar.at](http://www.buergerradar.at)

In der Gemeinde Weisskirchen an der Traun arbeitet man mit „Bürgerradar“: <http://weisskirchen.buergerradar.at/>. Die Meldungen und Informationen können von Bürgern per Website eingegeben werden, eine mobile Applikation steht nicht zur Verfügung. Sehr übersichtlich wird der Status der Meldungen (Neue Hinweise, in Bearbeitung, erledigt, ...) mit Kommentar der Gemeinde angezeigt.

**Meine Meinung:**

Trotz der mobilen Möglichkeiten werden sicher weiterhin der Großteil der Schadensfälle von den Bürgern via Gemeinde-Website, per Telefon oder persönlich eingebracht. Smartphones ermöglichen aber ganz einfach ein erweitertes Bürgerservice und sollten daher nicht unterschätzt werden.



**Mag. (FH) Reinhard Haider**  
Amtsleiter der Marktgemeinde  
A-4550 Kremsmünster;

„Quelle: OÖ. Gemeindezeitung  
des OÖ. Gemeindebundes“



Landesverband **Steiermark**

## 20. Landesfachtagung

des FLGÖ Steiermark am Donnerstag den 21. und Freitag den 22. Juni 2012 in Frohnleiten



Am Donnerstag den 21. und Freitag den 22. Juni 2012 findet in Frohnleiten, unsere bereits 20. Landesfachtagung statt.

### „Zusammenlegungen und Verwaltungskooperationen von Gemeinden – was ist dem Bürger noch zumutbar?“

...lautet unser diesjähriges überaus brisantes & gleichzeitig hochinteressantes Tagungsthema. Entscheidende Veränderungen kommen auf uns und unsere Arbeit in der Gemeindeverwaltung zu. Diese Reform wird nicht nur die Gemeindebediensteten betreffen sondern auch Umstellungen für die gesamte Bevölkerung der steirischen Gemeinden mit sich bringen.

Anlässlich dieser Neuordnung und Regelung und den damit verbundenen Umstrukturierungen haben wir Referenten aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft eingeladen, um sowohl in Fachvorträgen neueste und aktuellste Erkenntnisse zu vermitteln als auch an der anschließenden moderierten Diskussion teilzunehmen.

Neben fachlichen und rechtlichen Aspekten werden wir jedoch vor allem auch wieder den „Menschen“ in den Vordergrund stellen und genauer betrachten.

Univ.-Prof. Mag. Dr.theol Leopold Neuhold – Sozialethiker und Lehrbefugter an der Universität Graz im Fach Ethik und Christliche

Gesellschaftslehre - wird uns seine Sichtweise zu diesem Thema in einem Referat am Donnerstag darlegen.

Wie gewohnt werden uns nicht nur unsere langjährigen Partnerfirmen sondern auch einige, die wir neu gewinnen konnten, mit Innovativem, Interessantem und Wissenswertem überraschen.

In Frohnleiten, das man nicht von ungefähr vielfach als „Perle an der Mur“ bezeichnet, wird unsere Veranstaltung im Juni stattfinden: Die eindrucksvolle Altstadtkulisse am rechten Murufer, dazu der einzigartige Volkshauspark vis à vis sind zu Recht begehrte Fotomotive. Nicht zu vergessen ist auch die weithin



bekannte Weihnachtsbeleuchtung von Frohnleiten.

Die Altstadt selbst, in ihrer vor mehr als 700 Jahren geschaffenen mittelalterlichen Struktur liebevoll erhalten und heute über eine helle und freundliche Tiefgarage mühelos erreichbar, lädt zum historischen Bummel ein. Ein Spaziergang durch den Volkshauspark – vielleicht nach einem Besuch im dortigen Restaurant oder einer der anderen freundlichen Gaststätten – beruhigt die Seele.

Doch die kleine Stadt Frohnleiten mit ihren etwas mehr als 6.000 Einwohnern, glänzt nicht nur mit ihrer Geschichte und ihren Grün- und Blumenanlagen (ausgezeichnet als „Schönste Blumenstadt Europas“). Mit Volkshaus, Sporthalle sowie Sport- und Freizeitpark (samt Erlebnisbad im Sommer und Eishalle im Winter) steht eine hochwertige Infrastruktur für Spiel, Sport und Kultur zur Verfügung.

Das Rahmenprogramm der 20. FLGÖ Landesfachtagung führt uns auf die Burg Rabenstein, wo einst im finsternen Mittelalter Ritter um die Gunst des Burgfräuleins warben und Handelsleute den Burghof mit ihren Waren passierten, die Kinder im Gemeinschaftsbett schliefen und der Burgherr nur einmal pro Woche ein heißes Bad nahm und wo sich heute – nach einem mehrjährigen spektakulären Umbau – eine Veranstaltungslocation, die ihresgleichen sucht, befindet.

Mit unserem sorgfältig ausgewählten Fachtagungs- und Rahmenprogramm werden wir Ihnen/ Dir interessante, hörens- und sehenswerte Stunden vermitteln und laden Sie/Dich daher sehr herzlich zur Teilnahme ein.

Nehmen Sie sich bzw. nimm Du Dir Zeit für unsere Landesfachtagung. Wir freuen uns auf Ihr/Dein Kommen, auf ein kennenlernen bzw. Wiedersehen am 21. und 22. Juni 2012 in Frohnleiten.

*Bis dahin verbleiben  
mit freundlichen Grüßen*



*Euer  
Dr. Ulf Reichl  
FLGÖ Landesobmann Steiermark  
und  
Ing. Daniel Kahr  
Landesobmann Stv.*

## Zimmerreservierung bitte direkt über:

Frau Mag. Reingard Lampl & Frau Elisabeth Jauk

## Tourismusverband Frohnleiten

Hauptplatz 2, 8130 Frohnleiten

Öffnungszeiten: Mo – Fr 9.00 – 12.00 & 14.00 bis 17.30 & Sa 9.00 bis 12.00

Tel.: +43 (0) 3126 2374

E-Mail: [tourismus@frohnleiten.at](mailto:tourismus@frohnleiten.at)

<http://www.frohnleiten.at/>

Bitte bei der Reservierung unbedingt das  
KENNWORT: FLGÖ LFT 2012 angeben - DANKE!

### Regionale Links:

[www.frohnleiten.org](http://www.frohnleiten.org)

[www.burg-rabenstein.at](http://www.burg-rabenstein.at)

[www.frohnleiten-kg.at](http://www.frohnleiten-kg.at)

[www.theresienhof.at](http://www.theresienhof.at)

[www.gemeindebetriebe.at](http://www.gemeindebetriebe.at)

# Programm der 20. Fachtagung

des FLGÖ Steiermark



## Donnerstag, 21. Juni 2012

- ab 12.00 Uhr Eintreffen der Tagungsteilnehmer auf der Burg Rabenstein -  
Adriach 41, 8130 Frohnleiten
- 12.45 Uhr Eröffnung der 20. FLGÖ Landesfachtagung -  
Begrüßung durch den Landesobmann des FLGÖ Steiermark Dr. Ulf Reichl
- Empfang - Stadtgemeinde Frohnleiten -  
Grußworte vom Bürgermeister der Stadtgemeinde Frohnleiten  
OSR Johann Ussar
- Besichtigung der Burg Rabenstein
- 15.45 Uhr Fahrt zum Volkshaus Frohnleiten –  
Josef-Ortis-Straße 9, 8130 Frohnleiten
20. Mitgliederversammlung des FLGÖ Steiermark
- 17.00 Uhr Vortrag von Univ. Prof. Mag. Dr.theol. Leopold Neuhold  
Sozialethiker – Lehrbefugter an der Universität Graz im Fach Ethik  
und Christliche Gesellschaftslehre
- 19.00 Uhr Abendempfang im Volkshaus Frohnleiten –  
Büfett, gemütliches Beisammensein mit musikalischer Umrahmung
- Moderierte Präsentation der Sponsorfirmer

## Freitag, 22. Juni 2012

- ab 07.45 Uhr Eintreffen der Tagungsteilnehmer im Volkshaus Frohnleiten  
Josef-Ortis-Straße 9, 8130 Frohnleiten
- 08.30 Uhr Begrüßung und Fortführung der Fachtagung 2012
- 09.00 – 13.00 Uhr Fachtagung mit Impulsreferaten, Diskussionsrunde;  
Moderation: Herbert Gasperl / Pressereferent des FLGÖ Steiermark
- anschließend Gemeinsames Mittagessen

*Um Ihre/Deine Anmeldung ersuchen wir  
bitte bis spätestens Montag, den 04. Juni 2012 unter:  
[flgoe.stmk@inode.at](mailto:flgoe.stmk@inode.at)*



# Europäische BürgerInneninitiative (EBI)

startet ab 01. April 2012

Eine der wichtigsten Neuerungen des Vertrages von Lissabon ist sicherlich die Einführung der Europäischen BürgerInneninitiative. Mit der in Artikel 11 Abs 4 EUV verankerten Europäischen BürgerInneninitiative wird erstmals in der Geschichte der EU ein europaweites Entscheidungsinstrument auf BürgerInnenebene eingeführt. Am 15. Dezember 2010 beschloss das Europäische Parlament den zuvor mit dem Rat der Europäischen Union und mit der Europäischen Kommission erzielten Kompromiss über die Ausgestaltung der BürgerInneninitiative auf europäischer Ebene.

Die Einigung zielt darauf ab sicherzustellen, dass die Verfahren zur Bildung einer BürgerInneninitiative einfach, benutzerInnenfreundlich und für alle zugänglich sind und dass sie für die nationalen Behörden keinen zu großen Aufwand darstellen. Es ist wichtig, dass dieser neue Bestandteil des demokratischen Prozesses glaubhaft ist, der Datenschutz uneingeschränkt beachtet wird und dass die EBI gegen

Missbrauch und Manipulation immun ist. Zwar berührt die BürgerInneninitiative nicht das Recht der Kommission, legislative Initiativen zu ergreifen, jedoch verpflichtet sie die Kommission dazu, einen von mindestens einer Million BürgerInnen eingereichten Antrag gründlich zu prüfen und hierzu Stellung zu nehmen.

Interessierte BürgerInnen können ab sofort auf der europaweiten EBI-Website <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome> alle wesentlichen Informationen für die Anmeldung, Organisation und das Verfahren für die Prüfung von Unterschriften einer Europäischen BürgerInneninitiative abrufen.

Auf österreichischer Ebene wird die Europäische BürgerInneninitiative mit dem so genannten EBIG-Einführungsgesetz, das am 29.02.2012 im Nationalrat beschlossen wurde, in nationales Recht umgesetzt. Auf EU-Ebene sind die rechtlichen Grundlagen für die EBI im Vertrag von Lissabon festge-

schrieben, der mit Dezember 2009 in Kraft getreten ist.

Ab 1. April 2012 wird es so möglich sein, grenzüberschreitend eine EU-BürgerInneninitiative einzubringen, und die Europäische Kommission zu veranlassen, in einem bestimmten Politikbereich aktiv zu werden. Benötigt werden mindestens eine Million Unterschriften aus sieben Mitgliedstaaten. Für die einzelnen Staaten gelten unterschiedliche Mindestzahlen von Unterstützungserklärungen, aus Österreich sind mindestens 14.250 Unterschriften erforderlich.

In Österreich zuständig für die Zertifizierung von Online-Sammlungen und die Bescheinigung von Unterstützungsbekundungen ist die Bundeswahlbehörde, angesiedelt im Bundesministerium für Inneres, Abteilung III/6 - Wahlangelegenheiten.

**Direktlink** zum EBI-Leitfaden auf Deutsch: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/files/guide-eci-de.pdf>

# Wie funktioniert die BürgerInneninitiative – wie können die BürgerInnen des Landes Salzburg mitwirken?

- **Mindestzahl der Unterschriften (EU-weit):**  
1 Million Unterschriften aus mindestens 7 Mitgliedstaaten (entsprechend 1/4 der EU-Mitgliedstaaten)
- **Mindestzahl der benötigten Unterschriften je Mitgliedstaat:**  
für Österreich sind dies  $19 \times 750 = 14.250$  Unterschriften. Hintergrund: Mit 1. Jänner 2012 ist die Zahl der österreichischen Mandate im Europäischen Parlament entsprechend dem Lissabon-Vertrag von 17 auf 19 erhöht worden. In der Folge hat die Europäische Kommission am 25. Jänner 2012 im schriftlichen Verfahren eine Änderung zur EBI-Verordnung angenommen. Nach dieser benötigt Österreich 14.250 Unterschriften (entsprechend: Zahl der Mitglieder im Europäischen Parlament mit 750 multipliziert).
- **Mindestalter für UnterzeichnerInnen:**  
Mindestalter ist das erforderliche Alter für das aktive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament.
- **Registrierung:**  
Geplante Initiativen müssen in einem von der Kommission bereitgestellten Online-Register registriert werden.
- **EBI-Organisationskomitee:**  
Dies ist der so genannte "BürgerInnenausschuss", welcher aus Personen aus mindestens 7 verschiedenen Mitgliedstaaten besteht und bei der Kommission die jeweilige Initiative registriert.
- **Laufzeit:**  
Nach der Registrierung des Vorschlags durch die Kommission steht den OrganisatorInnen ein Jahr zur Verfügung, um die erforderlichen 1 Million Unterschriften zu sammeln.
- **Prüfung durch die Europäische Kommission:**  
Am Ende des Verfahrens entscheidet die Kommission innerhalb von 3 Monaten, ob ein neuer Gesetzesvorschlag gemacht werden kann und begründet ihre Entscheidung öffentlich.

**EU-Homepage** der Europäischen BürgerInneninitiative: <http://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/welcome>

Informationen des Bundeskanzleramtes zur EBI: [http://www.europa.gv.at/site/cob\\_\\_46786/currentpage\\_\\_0/6797/default.aspx](http://www.europa.gv.at/site/cob__46786/currentpage__0/6797/default.aspx)

Die Möglichkeiten der direkten Mitbestimmung auf EU-Ebene stehen auch im Zentrum des Projektes EBI – Engagierte BürgerInnen

und Bürger, das die Europa-partnerschaft mit Jahresbeginn gestartet hat:  
<http://www.ebi.zukunfteuropa.at/>



*Ihre  
Mag.a Michaela Petz-Michez,  
M.E.S. MBA*

*Leiterin Verbindungsbüro des  
Landes Salzburg zur EU  
& Fachabteilungsleiterin a.i.  
Landes-Europabüro  
Rue F. Pelletier, 107, B-1030 Brüssel  
T. +32 2 7430760, F. +32 2 7430761  
E. [michaela.petz@salzburg.gv.at](mailto:michaela.petz@salzburg.gv.at)  
[www.salzburg.gv.at/europa](http://www.salzburg.gv.at/europa)*



## 11. Salzburger Landestag - 2012

*Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreich -  
Landesverband Salzburg (FLGÖ)*

### Gemeinden müssen geführt werden!

Die Menschen im Betrieb „Gemeinde“ brauchen eine  
WERTvolle, GLAUBwürdige, aufmerksame, stabile und visionäre Führung!

Versuchen wir ein Gespür für diese Aufgabe zu entwickeln.

Nehmen wir uns für diese wichtige und interessante  
Aufgabe des „FÜHRENS“ Zeit.

Bischofshofen am  
Donnerstag, 28. Juni 2012  
Österreich-Haus an der Paul Außerleitner Schanze

*Wir freuen uns auf Ihr/Euer Kommen!*

#### **Veranstalter/Anmeldung:**

Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Österreich  
Landesverband Salzburg (FLGÖ)

c/o Gemeinde Elsbethen

Pfarrweg 6, 5061 Elsbethen

Tel.: 0662/623428/11; Fax.: 0662/627942; e-mail: [erwin.fuchsberger@gde-elsbethen.at](mailto:erwin.fuchsberger@gde-elsbethen.at)

# Zeit- und Programmplanung

Österreich-Haus  
28.06.2012



08.15 - 09.00 Uhr

09.00 - 09.30 Uhr

09.30 - 10.15 Uhr

10.15 - 10.45 Uhr

10.45 - 11.15 Uhr

11.15 - 12.15 Uhr

12.15 - 13.15 Uhr

13.30 Uhr

ab 14.30 Uhr

**Eintreffen** der Tagungsteilnehmer  
mit Kaffeestart

Die Stadt Bischofshofen stellt sich vor:

- Die Stadtverwaltung
- Das Seniorenwohnhaus Bischofshofen
- Der Wirtschaftshof

**Begrüßung**

AL Mag. Erwin Fuchsberger  
*FLGÖ Landesobmann Salzburg*

Bürgermeister RegR. Jakob Rohmoser  
*Stadtgemeinde Bischofshofen*

**AmtsleiterIn als**

**„LeiterIn des inneren Dienstes“**

Aufgaben, Möglichkeiten und die damit zusammenhängenden rechtlichen Grenzen in Bezug auf diese verantwortungsvolle Führungsaufgabe  
*Prof. (FH) MMag. Dr. Franziska Cecon, FH Linz*

**Kommunale Bauvorhaben - Wirksam Führen im hektischen Alltagsgeschäft ?**

*Bmst. Dipl. Ing. Arnold Schmitzer*  
**pm1** Projektmanagement, Planen und Bauen GmbH.  
*Bauingenieure . Architekten . Berater*

Kaffeepause

**Gestern noch Mitarbeiter, heute Führungskraft**

Motivation und Erfolg im betrieblichen Alltag  
*Dipl.-HTL-Ing. Dr. Manfred Reitsamer, MBA*

**Mit Geist und Herz führen**

*Pater Dr. Johannes Pausch,*  
*Europakloster Gut Aich*

**Mittagessen im Österreich-Haus**

**Rahmenprogramm:**

- geplante Skisprungvorführung auf der Paul Außerleitner Schanze nach terminlicher Verfügbarkeit der Springer und abhängig von der Witterung
- Gemütlicher Ausklang im Österreich-Haus